Stand: 06.11.2025 15:57:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4824

"Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern - Digitale Endgeräte, Programme und Hilfsmittel in die Lernmittelfreiheit aufnehmen"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 19/4824 vom 05.02.2025
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5781 des BI vom 10.03.2025
- 3. Beschluss des Plenums 19/5997 vom 27.03.2025
- 4. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 27.03.2025



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

05.02.2025

Drucksache 19/4824

Antrag

der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl SPD

Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern - Digitale Endgeräte, Programme und Hilfsmittel in die Lernmittelfreiheit aufnehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Änderung des Art. 21 Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) auszuarbeiten und dem Landtag vorzulegen. Die Lernmittelfreiheit soll künftig auch digitale Lernmittel umfassen. Das sind im Unterricht genutzte digitale Endgeräte wie Laptops oder Tablets, Programme und Apps sowie Hilfsmittel wie digitale Schreibgeräte.

Begründung:

Die Ausstattung von Schulen mit digitalen Endgeräten, Hilfsmitteln und Programmen hat sich nach dem Digitalpakt I des Bundes deutlich verbessert, ist aber noch nicht ausreichend. Wie die ICLIS-Befragung (ICLIS = International Computer and Information Literacy Study) von 2023 ergab, können vor allem benachteiligte Kinder und Jugendliche schlecht mit digitalen Informationen umgehen. Im Rahmen der internationalen Studie wurden auch 5 000 Achtklässlerinnen und Achtklässler in Deutschland getestet sowie Schulleitungen und IT-Koordinatorinnen befragt. Getestet wurde unter anderem, wie gut Achtklässlerinnen und Achtklässler recherchieren, gestalten, kommunizieren und bewerten können. Das Ergebnis: Rund 40 Prozent der Teilnehmenden konnten nicht kompetent und reflektiert mit den digitalen Medien und Informationen umgehen. Betroffen waren vor allem Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien sowie mit Zuwanderungshintergrund. Das bedeutet, dass es eine deutliche soziale Spaltung bei der Digitalisierung gibt und die kritische Anwendung von digitalen Endgeräten im Unterricht dringend erforderlich ist.

Digitales Lernen kann nur erfolgreich und gerecht sein, wenn alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen Zugang zu digitalen Endgeräten in der Schule haben. Deshalb muss die Kostenfreiheit von digitalen Endgeräten, Programmen und Hilfsmitteln an Schulen gesetzlich verankert werden. Nur so ist gewährleistet, dass alle Kinder und Jugendliche in Bayern gleiche Lern- und Bildungschancen haben. Digitale Endgeräte, Programme und Hilfsmittel sind im Schulalltag so unverzichtbar wie Bücher, sie müssen daher kostenfrei zur Verfügung gestellt und in die Lernmittelfreiheit aufgenommen werden. Im Sinne der Bildungsgerechtigkeit reicht eine Förderung von 350 Euro für ein Gerät nicht aus.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

10.03.2025

Drucksache 19/**5781**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD

Drs. 19/4824

Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern - Digitale Endgeräte, Programme und Hilfsmittel in die Lernmittelfreiheit aufnehmen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: Nicole Bäumler Mitberichterstatter: Björn Jungbauer

II. Bericht:

1. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 20. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Ablehnung B90/GRÜ: Enthaltung SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 10. März 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Ablehnung

B90/GRÜ: Enthaltung

SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Dr. Ute Eiling-Hütig

Vorsitzende



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

27.03.2025 **Drucksache** 19/5997

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl SPD

Drs. 19/4824, 19/5781

Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern – Digitale Endgeräte, Programme und Hilfsmittel in die Lernmittelfreiheit aufnehmen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der einzelnen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 3 kommen, bitte ich darum, an die Stimmkartentaschen zu denken, weil bei den Tagesordnungspunkten 4 und 5 wieder Wahlen durchgeführt werden.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit, Verfassungsstreitigkeiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Öffentliches Gesundheitswesen
EU-Vorschriften über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika – gezielte
Bewertung
12.12.2024 - 21.03.2025
Drs. 19/4685, 19/5948

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/5948 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
		Z		Z

Verfassungsstreitigkeiten

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Februar 2025 (VF. 4-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit

1. des Art. 6 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBI. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch die §§ 12 und 13 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBI. S. 605) und durch § 4 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBI S. 619) geändert worden ist,

2. des Art. 1 Abs. 1 Satz 4 des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes (BaylmSchG) vom 10. Dezember 2019 (GVBI. S. 686, BayRS 2129-1-1-U), das zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBI. S. 619) geändert worden ist

PII-3001-2-19 Drs. 19/5877 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		A	Z	Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Februar 2025 (Vf. 2-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans Nr. 98 "Dorfstraße" der Gemeinde Taufkirchen PII-3001-2-20 Drs. 19/5876 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z		Z

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. Februar 2025 (Vf. 6-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 4 Abs. 1 Nr. 2 des Heilberufe-Kammergesetzes (HKaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 2002 (GVBI. S. 42, BayRS 2122-3-G), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBI S. 632) geändert worden ist PII-3001-2-22 Drs. 19/5878 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. Februar 2025 (Vf. 3-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der §§ 1 und 2 des Gesetzes zur Förderung der Bundeswehr in Bayern vom 23. Juli 2024 (GVBI. S. 257) PII-3001-2-23 Drs. 19/5880 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	A	团

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Wirtschaftsbooster energetische Sanierung Drs. 19/3878, 19/5193 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Förderung der Solarthermie Drs. 19/3879, 19/5194 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Das Geld ist da – es muss nur aktiviert werden Drs. 19/3880, 19/5195 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Gemeinsam zum Ziel. Alle Expertinnen und Experten an einen Tisch holen. Drs. 19/3881, 19/5817 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Komfort und Sicherheit durch Wärmenetze Drs. 19/3882, 19/5819 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Investitionen der Kommunen bei der Wärmewende wirkungsvoll unterstützen Drs. 19/3883, 19/5821 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Rechtssicherheit für alle bayerischen Kommunen herstellen. Drs. 19/3884, 19/5822 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Sanierungssprint für Ein- und Zweifamilienhäuser Drs. 19/3885, 19/5823 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD Konzept und Sonderförderprogramm für Trinkwasserbrunnen an Schulen erstellen Drs. 19/4420, 19/5776 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	ENTH	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU Nachwuchsgewinnung für Bayern: Kooperationen mit Schulen Drs. 19/4566, 19/5775 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Sabine Gross u.a. SPD Bayerns Geothermie-Potenzial endlich heben – Fündigkeitsrisiken absichern Drs. 19/4575, 19/5824 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD Bayern kann es schaffen: An Klimaziel 2040 festhalten! Drs. 19/4677, 19/5802 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A		Z

 Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD Förderlehrkräftenachwuchs sichern! Drs. 19/4690, 19/5777 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD) Umsetzung der EU-Richtlinie über die Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten: Die Grundrechte der Bürger wahren, kein EU-Vermögensregister einführen! Drs. 19/4705, 19/5881 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD) Bedrohung bayerischer Schwanzlurcharten durch den pathogenen Pilz Batrachochytrium salamandrivorans Drs. 19/4714, 19/5801 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
 Damit Demokratie leben kann – Sofortiger Förderstopp des Bundesprogramms "Demokratie leben!"
 Drs. 19/4728, 19/5816 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Plattform statt Bürokratie: Aufbau eines digitalen Marktplatzes zur Vernetzung von Startchancen-Schulen mit Partnerinnen und Partnern sowie Expertinnen und Experten Drs. 19/4744, 19/5778 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ökostrom für Regionalzüge in Bayern Drs. 19/4752, 19/5782 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kooperation von Landwirtschaft, Landschaftspflege und Naturschutz nicht aufs Spiel setzen Drs. 19/4803, 19/5800 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Grießhammer, Nicole Bäumler, Volkmar Halbleib u.a. SPD

Bildung im Wandel: Anhörung zur digitalen Transformation

im Bildungswesen

Drs. 19/4804, 19/5779 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Ramona Storm, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)

IT-Fachkräfteversorgung an Bayerns Schulen sicherstellen Drs. 19/4823, 19/5780 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

27. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern – Digitale Endgeräte, Programme und Hilfsmittel in die Lernmittelfreiheit aufnehmen

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

Drs. 19/4824, 19/5781 (A)

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	ENTH	Z

28. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib, Ruth Müller u.a. SPD Finanzielle Situation der bayerischen Landschaftspflegeverbände Drs. 19/4974, 19/5122

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Der Antrag wird für erledigt erklärt.